

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.00 M. Durch die Post 4.70 bezgl. 14.10 M. Bestellgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Vertriebsbehinderung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 21. Fernruf Nr. 1015 und 1016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile 1.00 M., die 22 mm breite Zeile 0.75 M.; außerhalb: 75 Pf. bezgl. 4.00 M. Ausland 2.00 bezgl. 6.00 M. Rabatt 10 % bei 1000.

Nummer 348

Mittwoch, 28. Juli 1920.

74. Jahrgang

Besprechung in Boulogne.

Gestern haben zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten Besprechungen in Boulogne stattgefunden, die sich auf den Waffenstillstand und auf den Frieden zwischen Rußland und Polen bezogen. Die Entente will es vermeiden, daß Polen bei Friedensverhandlungen der Moskauer Regierung allein gegenübersteht. England wünscht eine internationale Konferenz in London. Moskau ist mit einer solchen Konferenz einverstanden, aber nicht damit, daß in London die polnisch-russische Frage gelöst wird. In Boulogne ist gestern beschlossen worden, daß die Entente und besonders Frankreich nur dann mit einer Friedenskonferenz in London einverstanden ist, wenn das Schicksal Polens dort entschieden wird. Millerand will nach Annahme dieses Vorschlags weitere Bedingungen stellen, die er für nötig erachtet, bevor er die Sowjetregierung anerkennt. England hat vorerst alle Sonderverhandlungen mit Rußland verschoben.

Die Vorschläge auf die Kohlenlieferungen.

In Boulogne haben die Ministerpräsidenten von England und Frankreich auch eine wichtige Entscheidung in der Frage des finanziellen Teiles des Übereinkommens von Spa über die Kohlenlieferungen Deutschlands getroffen. Die Wiedergutmachungskommission wird beauftragt, die Ausführung des Übereinkommens in jeder Hinsicht zu sichern, sowohl was die Kohlenlieferungen als auch die von den Alliierten zu gewährenden Vorschüsse anlangt. Deutschland soll am 1. September 1920 der Wiedergutmachungskommission Schadensersatz im Werte von 60 Millionen Goldmark mit dem Verfalltag des 1. Mai 1921 und einem jährlichen Zinsfuß von 6 Prozent übergeben. Nach dem 1. September 1920 und je nach den erfolgten Kohlenlieferungen wird Deutschland ähnliche Schadensersatz nach Maßgabe der Vorschüsse übergeben. Die Vorschüsse werden natürlich den Lieferungen angepasst werden. Die Wiedergutmachungskommission kann sich die den Schadensersatz entsprechenden Beträge durch Verkauf oder Pfandnahme bei den alliierten Mächten verschaffen. Um den Betrag der zu gewährenden Vorschüsse rascher beschaffen zu können, kann die Kommission provisorisch die Quote der monatlich an Deutschland zu gewährenden Vorschüsse unter Vorbehalt späterer Berichtigung auf 40 Goldmark pro Tonne festsetzen.

Die Besatzung bleibt im Osten.

Boulogne, 28. Juli. (Havas.) Millerand und Lloyd George haben auf Grund des Gutachtens des Marschalls Foch die gestern von der Vorkonferenz getroffene Entscheidung, die Zurückziehung der britischen und italienischen Truppen aus den Gebieten von Allenstein und Marienwerder zu suspendieren, genehmigt.

Der deutsche Eisenbahnerverband und Spa.

Berlin, 27. Juli. Der versammelte erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:
Der Deutsche Eisenbahnerverband bekundet seinen ehrlichen Willen, am Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens nach Kräften mitzuwirken. Er hält aber das Ergebnis der Verhandlungen von Spa für wenig geeignet, die Wiederaufbauanstrengungen zu fördern. Der Deutsche Eisenbahnerverband wird in voller Solidarität mit den Bergarbeitern und den Transportarbeitern bestrebt sein, die in Spa unter äußerstem Druck von den deutschen Unterhändlern eingegangenen Verpflichtungen nach Möglichkeit zu erfüllen. Die Erfüllung der Verpflichtungen kann nur ermöglicht werden durch ein verständnisvolles Entgegenkommen der Entente, während jede Gewaltmaßnahme das Gegenteil bewirken wird.

Das Schicksal Konstantinopels.

z. Rotterdam, 28. Juli.

Wie der „Daily Mail“ aus Konstantinopel gemeldet wird, werden die Alliierten der Türkei nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwei Monate Frist gewähren, um die Ordnung in Kleinasien wieder herzustellen. Gelingt es der türkischen Regierung nicht, in dieser Zeit Mustafa Kemal Pascha zur Annahme zu bewegen, so wird diese Aufgabe der griechischen Regierung übertragen werden. Als Entschädigung werden Konstantinopel und andere Kompensationen an Griechenland fallen.

Sieg der Revolution in China.

Amsterdam, 28. Juli.

Aus Peking wird gemeldet: Die siegreichen Generale lehnen jede Verhandlung ab und wollen diktatorisch in die Hauptstadt einziehen, um dort ihre Befehle vorzuschreiben und das Kriegsheer der Gegenpartei aufzulösen.

27. Amsterdam, 28. Juli.

Die „Times“ melden aus Peking, daß von Osten her fortwährend Artillerie- und Maschinengewehrfeuer gehört wird. Man vermutet, daß die chinesischen Truppen in der Umgebung konzentriert sind und auf die Kuldener Truppen Jagd gemacht wird.

Die Unabhängigen bereiten sich vor.

Magdeburg, 28. Juli. Die „Magdeburger Zeitung“ meldet: In der Nacht zum 28. Juli brachte ein Kurier ein Exemplar einer Uebereinkunft, die in Memel am 17. Juli zwischen dem Abgeordneten Joffe der Sowjetregierung und den Vorständen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Silberding und Dr. Levi, abgeschlossen war, nach Magdeburg. In dem Bericht heißt es u. a.:

Nach Ueberschreiten der Grenze durch die Sowjet-Truppen wird sofort die bolschewistische Republik ausgerufen, vorerst in Königsberg, Tilsit, Danzig, Breslau, Stettin, Frankfurt a. d. Oder, Ratibor, Gleiwitz, Rastin und Stralsund. Diese Städte und das dazwischen liegende Gebiet werden als Operationsbasis und Aufmarschlände der sich sammelnden deutschen Roten Armee dienen, die unter russischer Kommando gestellt wird. Oberkommandierender ist General Janschow. In diesem Gebiet treten sofort folgende Maßnahmen in Wirksamkeit:

1. Verwaltung und Polizei: Alle Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte, die nicht mehrheitssozialistische sind, werden ihres Amtes entsetzt; mehrheitssozialistische Beamte der verschiedenen Kategorien erhalten je einen Kommunisten und Unabhängigen als Beirat. Für die abgesetzten Beamten werden vorläufig Stellvertreter ernannt, die von dem Großen Rat, der im Ständehaus zusammentritt, bestätigt werden müssen. Rittlere und höhere Beamte sind, sofern sie aktive oder Reserveoffiziere sind zu entlassen.

2. Justiz: Die Revolutionstribunale treten als Volksgerichte sofort in Wirksamkeit. Abgeurteilt werden zuerst politische Verbrecher. Die Richter sind sofort auf die Sowjet-Republik zu verdrängen.

3. Kommunalbehörden: In den Städten sind sofort Bürgerversammlungen einzusetzen. Die Magistrate werden sofort durch Kommissionen der in den Orten bestehenden kommunistischen und unabhängigen Truppen übernommen.

4. Wirtschaftliches: Sämtliche Industriebetriebe gehen sofort ohne Gewalt in den Besitz des Staates über. Kriegswirtschaftliche Betriebe unterstehen den militärischen Truppenkommandos, die sich vorläufig aus Russen und Deutschen zusammensetzen. Die Zwangswirtschaft wird aufgehoben. Bäckereien, Fleischereien und Konsumvereine werden Staatsbetriebe. Die Lebensmittel jeder Art gelten als beschlagnahmt für Zivilisten und Militär. Lebensmittelzuschüsse werden aus der polnischen Ernte entnommen, die zu zwei Dritteln nach Deutschland geschafft wird.

5. Öffentliche Sicherheit: Den Sicherheitsdienst übernehmen neben der Polizei kommunistische Ordnungstruppen, die aus Teilen der deutschen Pataillons der Roten Armee bestehen, die bereits in Rußland bei der Rotes Armee gekämpft haben. Das bestehende Nachrichtenwesen wird aufgehoben. Es ist neu zu organisieren und untersteht Regierungskommissionen, die für ihre Tätigkeit dem Großen Rat persönlich verantwortlich sind. Die russische Armee schützt das Proletariat vor Ausbeutung durch das Unternehmertum und sammelt um sich alle freiwillig gekannten Arbeiter, die zu Arbeiterbataillonen zusammengestellt werden. Sie sorgt für Ruhe und Ordnung und schützt das Eigentum des Proletariats. Sie schützt ferner die Beschlusskommissionen des Staates und der Gemeinden. Mit Waffengewalt rotet sie alles aus, was sich dem Proletariat entgegenstellt.

Die „Magdeburger Zeitung“ bemerkt hierzu: Diese Nachrichten sind und von unbedingt zuverlässiger Seite zugegangen und wir erklären von vornherein, daß keine Abtönung der beteiligten Stellen die Richtigkeit dieser Mitteilungen ergöttern wird. Angesichts der Umkehrung des Unabhängigen Dr. Breitscheid in der letzten Reichstagsitzung, daß die Revolutionierung der Welt näher sei, als man denke, gewinnt diese Versicherung der „Magdeburger“ an Gewicht.

Weiterer Vormarsch der Sowjettruppen.

z. Paris, 28. Juli.

Aus Warschau wird gemeldet: Hier liegen Nachrichten vor, nach denen die Rote Armee ihren Vormarsch fortsetzt. Die Roten Truppen haben in den letzten Tagen in Ostgalizien bedeutende Fortschritte gemacht.

27. Kopenhagen, 27. Juli.

Wie aus Warschau gemeldet wird, meldet der heutige polnische Heeresbericht: Bei der des Polwa-Flusses ziehen sich die Polen unter dem Druck des Feindes zurück. In der Gegend von Werschetzko müssen die Polen gleichfalls weichen. Die Lage ist dort sehr schwierig. In der Gegend Krasnienze-Woloczysk ist die polnische Front vor den feindlichen Angriffen zurückgegangen.

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde von den Parteien die Erklärung der Regierung über Spa besprochen, insbesondere galt die Debatte den Ausführungen des Reichsministers Dr. Simons. Gleich zu Beginn der Sitzung ergriff Dr. Simons das Wort und wandte sich gegen eine mißverständliche Auslegung seiner Rede über die Ehrenbezeugung vor der französischen Volkskraft. Er betonte, daß seine Bemerkung weder eine Kritik noch ein Vorwurf gegen das Verhalten der Reichswehr sein sollte. Die Unabhängigen riefen ihm zu: „Totaler Rückzug!“

Der Mehrheitssozialist Stampfer erklärte, daß die Ausführungen des Ministers Dr. Simons seiner Partei keinen Anlaß zu oppositioneller Stellungnahme gaben. Allerdings habe der Minister durch seine Erklärung über die Reichswehr Enttäuschung bereitet. In Spa habe die deutsche Delegation nicht anders handeln können, als sie gebandelt habe. In den Sälen des Außenministers über Rußland äußerte sich der Mehrheitssozialist anklar.

Der Unabhängige Breitscheid betonte laut, daß seine Partei von Lloyd George und Millerand nichts erwarte; sie erwarte alles von dem Erwachen der Arbeiter, von der Revolutionierung der Welt. In den beiden Hauptfragen habe die deutsche Delegation in Spa zweifellos eine Verbesserung erreicht. Gegen eine wirkliche Entwertung habe seine Partei grundsätzlich nichts einzuwenden. Die Annahme von Truppen an unserer Disposition sei bedenklich. Die Symphonien seiner Partei seien auf Seiten Rußlands: für diesen Krieg, den Rußland jetzt führe, habe auch seine Partei Verständnis. Das Minister Simons über Rußland gelagt habe, finde die Zustimmung seiner Partei. Die frühere Regierung habe die Neutralität gegenüber Rußland nicht gewahrt. Er wisse allerdings nicht, ob Herr Dr. Simons diese verhängnisvollen Worte, wie man sie von seinen sozialdemokratischen Vorgängern nicht gehört habe, auch bekommen werden. Er sei um die Gesundheit des Ministers ernstlich besorgt. Dann wandte sich Breitscheid in scharfen Ausdrücken gegen Stinnes. Breitscheid behauptete, Stinnes habe in Wiesbaden Unterredungen mit Vertretern der Entente gehabt, ob es wahr sei, daß Stinnes die Befehle des Außenministers gleichgültig sei. Der Regierung könne seine Partei das Vertrauen nicht ansprechen.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons.

erwiderte ausführlich auf die Kritik an seinen Ausführungen vom Montag. Bezüglich der augenblicklichen Schwierigkeiten in der Entwertung hofft er, daß nach sechs Monaten die Entente in einem anderen Verhältnis zu uns stehe, als dem des schärfsten Mißtrauens. Die Zustimmung des Unabhängigen Breitscheid komme ihm zu Gute, da dieses Urteil von einem Ratte komme, der die russische Frage studiert habe. Unsere Neutralität im russisch-polnischen Kampf sei nicht eine Folge unserer Ohnmacht, denn so ohnmächtig seien wir doch noch nicht, als daß wir nicht um uns schlagen könnten, wenn unsere Neutralität angefaßt würde. Ein sehr erfahrener Mann, der aus Rußland kam und einer neutralen Macht angehört, habe ihm erzählt, es befände die Gefahr, daß die russische Militärpartei Ökonomen in Besitz nehmen wolle, als Pfand für die deutsche Neutralität. Er, Dr. Simons, habe darauf erklärt, das würde zum Erfolg haben, daß Deutschland an der Seite der Entente und Polens gegen Rußland kämpfen würde. Seine Rede vom Montag über den Bolschewismus ergänzte Dr. Simons mit weiteren Ausführungen: Er sei der Ansicht, daß der Bolschewismus eine internationale Macht wie jede andere sei. So wie das russische Volk ihn anerkenne, sei der Bolschewismus eine Tatsache und ein Recht. Aber er glaube, daß der Bolschewismus nicht dazu berufen sei, die Welt zu erobern. Wenn er auch äußerlich seine Grenzen erweitern, so sei er doch innerlich zu einem großen Teil bereits erledigt. Die ursprünglichen Formen der bolschewistischen Bewegung, die sich hauptsächlich in die Mitternachtsstunden, seien dem Absterben ganz nahe. Der Bolschewismus sei eine freilebende Flamme von großer Gewalt, aber sie verabschreibe, was sie erreiche und lasse nur Asche hinter sich. Es gäbe kein anderes Mittel, um sich diesem Brand zu entziehen, als die Entzündung eines Gegenfeuers. Und dieses Gegenfeuer könne nicht mit dem Militarismus entzündet werden, sondern nur durch die Entgegenstellung einer anderen, überlegenen Idee. Das könne nur richtig angefaßter Sozialismus sein.

Der deutsche Delegationshöchste kritisierte das Verhalten der deutschen Delegation und die Rede des Außenministers vom Montag in sehr scharfen Ausdrücken. Vom Außenminister sei seine Partei enttäuscht, seine Rede finde bei seiner Partei scharfe Ablehnung. In Spa hätte die deutsche Delegation die Unterdrückung verweigern müssen, die deutschen Unterhändler hätten die Lage Deutschlands in Spa verschlechtert. Seine Partei wolle der Delegation nicht ihr Vertrauen ansprechen. Was Dr. Simons über Lloyd George gesagt habe, entspräche nicht der Würde Deutschlands. Die Gefahren eines Einmarsches würden überschätzt.

Der Reichsfunkler Ehrenbach trat den Ausführungen des Delegationshöchsten entgegen. Er meinte, der Delegationshöchste spreche noch vom Standpunkt des 27. Juli 1914. Dr. Simons habe die Lage geschildert, wie sie tatsächlich sei. Er habe die auswärtige Politik nicht als Geheimwissenschaft behandelt. Die Delegation des Außenministers hätte die Reichsdelegation auf höchste gefährdet.

Die Fortsetzung der Debatte wurde dann auf Mittwoch vertagt.

Erzbischof Dr. Körber 4.

Erzbischof Dr. Körber in Freiburg ist gestern, zwei Tage nach der Feier seines goldenen Priesterjubiläums, gestorben.

